

Zentrale Hotline für Corona-Fragen

Pistorius: Kampf gegen Fake News

VON FRIEDEMANN KOHLER

Hannover. Für alle Bürgerfragen zur Corona-Pandemie hat die niedersächsische Landesregierung am Donnerstag eine zentrale Hotline geschaltet. Unter der Telefonnummer 0511/120 6000 gebe es allgemeine Informationen zum Coronavirus und seinen Folgen, teilte das Innenministerium in Hannover mit. Zu Detailfragen werde der Kontakt zu Ansprechpartnern in verschiedenen Bereichen der Regierung vermittelt. „Unser oberstes Ziel ist es, seriös zu informieren sowie Verunsicherungen und der Verbreitung von Fake News entgegenzuwirken“, sagte Innenminister Boris Pistorius (SPD). Er verwies auch auf die bereits im Februar eingerichteten Telefonauskünfte des Landes zu Gesundheit (0511/4505 555), Land- und Ernährungswirtschaft (0511/120 2000) sowie Wirtschaft und Arbeit (0511/120 5757). Im Internet informiere die Regierung auf der zentralen Webseite www.niedersachsen.de/Coronavirus und auf den Seiten der einzelnen Ministerien.

Die von Serverproblemen ausgebreitete Beantragung der Corona-Hilfen sorgt unterdessen für Unmut bei den niedersächsischen Unternehmen. „Guter Wille allein reicht nicht. Es muss eine schnelle technische Lösung her, damit Unternehmen in finanzieller Not ihre Anträge stellen können“, sagte Volker Müller, Hauptgeschäftsführer der Unternehmerverbände, am Donnerstag. „Es ist Monatsende: Gehälter und Sozialabgaben sind fällig. Dadurch sitzen alle auf heißen Kohlen.“

Der Landtag hatte am Mittwoch ein 4,4 Milliarden Euro schweres Hilfspaket beschlossen. Unverzüglich sollten danach die Anträge auf Zuschüsse und Kredite bei der Förderbank des Landes, der NBank, freigeschaltet werden. Firmen sollten binnen weniger Tage eine Antwort erhalten, hatte Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) in Aussicht gestellt. Auch am Donnerstagmittag noch hieß es auf der Webseite der NBank aber: „Wir haben akute Serverprobleme und arbeiten auf Hochtouren daran. Bitte haben Sie etwas Geduld.“

HOCHSCHULEN

Digitales Sommersemester

Hildesheim. In der Coronavirus-Pandemie wollen die 20 staatlichen Hochschulen Niedersachsens handlungsfähig bleiben und setzen zum Sommersemester 2020 auf Digitalisierung. Lehrveranstaltungen sollten verstärkt online angeboten werden, Lehrmaterialien seien in Datenbanken abrufbar, und geprüft werden könne via Skype, teilte die Landeshochschulkonferenz Niedersachsen am Donnerstag mit. E-Learning-Kompetenzen würden gebündelt und ausgebaut. Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften arbeiteten bereits auf diese Weise, die Universitäten folgen nach Ostern. DPA

CUXHAVEN

Strände für Gäste gesperrt

Cuxhaven. Wegen der Corona-Krise sperrt die Stadt Cuxhaven ihre Strände für auswärtige Besucher. Nur Cuxhavener, die ihren ersten Wohnsitz in der Nordseestadt haben, dürfen den Strand nutzen, teilte Oberbürgermeister Uwe Santjer (SPD) am Donnerstag mit. Mit dieser Regelung solle eine weitere Ausbreitung des Coronavirus verhindert werden. Die Einhaltung des Verbots werde ab diesem Freitag konsequent kontrolliert. „Zum Schutz der Gäste und der Einheimischen bitte ich alle, die unsere Stadt Cuxhaven so gerne besuchen, jetzt in Zeiten von Corona eine kleine Pause einzulegen“, sagte Santjer. DPA

TROCKENES WETTER

Waldbrandgefahr steigt

Lüneburg. Das trockene Wetter hat die Waldbrandgefahr in Niedersachsen steigen lassen. „Die sehr niedrige Luftfeuchtigkeit hat die Bodenvegetation und die oberste Bodenschicht im niedersächsischen Landeswald stark ausgetrocknet“, warnte ein Sprecher der Landesforsten am Donnerstag. Besonders hoch sei die Gefahr in den lichten Kiefernwäldern im Nordosten. Die Waldbrandzentrale in Lüneburg ist seit Mitte März besetzt. Der Gefahrenindex des Deutschen Wetterdienstes zeigte am Donnerstag gleich an mehreren Stationen in Niedersachsen die zweithöchste Warnstufe 4 an. DPA

TÖDLICHER UNFALL

65-Jährige stirbt in Hoya

Hoya. Eine 65-Jährige ist bei einem Verkehrsunfall in Hoya (Landkreis Nienburg) ums Leben gekommen. Die Frau wurde am Donnerstag beim Überqueren einer Straße von einem Auto erfasst, wie die Polizei in Nienburg mitteilte. Die Frau trat demnach plötzlich aus einer Grünzone auf die Straße. Am Steuer des Autos saß ein 56 Jahre alter Mann aus Eysstrup. Die Frau stammte aus Hoya. DPA

Althusmann lehnt Maut-Ausweitung ab

Minister widerspricht Städte- und Gemeindebund und will kommunale und Landesstraßen abgabenfrei lassen

VON PETER MLODOCH

Hannover. Niedersachsens Verkehrsminister Bernd Althusmann lehnt eine Ausweitung der Lkw-Maut auf Landesstraßen und kommunale Straßen ab. „Das würde einen großen finanziellen und personellen Aufwand bedeuten“, sagte der Ressortchef dem WESER-KURIER. Insbesondere müssten dazu Erfassungssäulen aufgestellt, Daten erhoben und abgerechnet sowie Kontrollen durchgeführt werden. „Dieser Aufwand und die damit verbundene Bürokratie stehen in keinem Verhältnis zu den zu erwartenden Einnahmen“, betonte Althusmann. Der Minister wies damit die Forderung des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB) zurück, der eine Benutzungsgebühr für alle Straßen ins Spiel gebracht hatte.

Bislang besteht eine Mautpflicht für Lastwagen über 7,5 Tonnen auf Autobahnen und Bundesstraßen. „Wir brauchen sehr dringend eine umfassende Lkw-Maut“, sagte NSGB-Sprecher Thorsten Bullerdiek dem WESER-KURIER. „Lastwagen, die die Maut auf Bundesstraßen umgehen wollen, weichen auf die Kreis- und Gemeindestraßen aus und verursachen dort Schäden.“ Schlaglöcher, Lärm und dreckige Luft durch Lkw seien nicht nur ein Problem an den Bundesstraßen, sondern vor allem für die Kommunen.

Hoffnung auf den Bund

Derzeit profitieren nur die neun großen Städte in Niedersachsen, durch die Bundesstraßen führen, von einem – wenn auch bescheidenen – Mautanteil. Braunschweig, Celle, Göttingen, Hannover, Hildesheim, Oldenburg, Osnabrück, Salzgitter und Wolfsburg kassierten laut NSGB 2019 zusammen etwas mehr als 900 000 Euro. Nach offiziellen Angaben des Wirtschaftsministeriums in Hannover betrug das Aufkommen auf den städtischen Bundesstraßen in Niedersachsen 2018 insgesamt 551 284,93 Euro, davon verblieben den neun Kommunen nach Abzug der Betriebskosten 414 499,91 Euro. Spitzenreiter war dabei Osnabrück: Hier flossen bei einem Aufkommen von 96 683,03 Euro Nettoeinnahmen in Höhe von 72 694,00 Euro in die Stadtkasse. Auf den Plätzen zwei und drei folgten Göttingen (70 375,60 Euro) und Hildesheim (57 263,73 Euro). Die Landeshauptstadt Hannover landete dagegen mit Nettoeinnahmen von 41 159,34 Euro lediglich auf dem viertletzten Rang.

Es sei nicht einzusehen, dass nur die Metropolen an die Mauttöpfe kämen, kritisierte Bullerdiek. „Wenn nur große Städte profitieren, stimmt das System nicht. Auch die Bürgerinnen und Bürger in kleinen Städten und Gemeinden leiden unter dem Verkehr und müssen die Schäden an den Gemeindestraßen über ihre Steuern bezahlen.“ Gerade auf dem Land brauche man mehr Einnahmen, um diese Gelder in die dort schon benachteiligte Infrastruktur stecken zu können. Eine Ausdehnung der Lkw-Maut auf alle Straßen brächte nach Einschätzung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Mehreinnahmen von rund 4,4 Milliarden Euro. „Dieses Geld würde allen Kommunen bei der Mobilitätswende sehr helfen“, erklärte Bullerdiek. „Wir hoffen, dass das Bundesverkehrsministerium uns hier unterstützt.“

Bei den oppositionellen Grünen im Landtag stieß der Verband auf offene Ohren. „Im-



Kontrollstelle zur Erfassung der Lkw-Maut auf einer Bundesstraße: Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund sprach sich für eine Ausweitung der Abgabe auf kommunale und Landesstraßen aus. Doch daraus wird wahrscheinlich nichts: Niedersachsens Verkehrsminister Bernd Althusmann lehnt den Vorstoß ab.

FOTO: PLEUL/DPA

mer noch kommen Lastwagen nicht für alle Schäden auf, die sie an Straßen, Umwelt und Klima verursachen. Eine Ausweitung der Lkw-Maut auf Landes- und kommunale Straßen wäre ein wichtiger Beitrag zu mehr Kostengerechtigkeit im Verkehr“, meinte der Abgeordnete Detlev Schulz-Hendel. Das gelte zu einem im Vergleich der Schiene mit der Straße. „Zum anderen trägt der Schwerlastverkehr auch im nachgeordneten Straßennetz überproportional zu Straßenschäden bei.“

Der Grüne plädierte außerdem für eine deutliche Erhöhung der Mautsätze. Die zusätzlichen Einnahmen sollten in das Schienennetz investiert werden. „Das wäre ein wichtiges Signal für den Klimaschutz und auch für mehr Verkehrssicherheit.“ Die Regierungsfraktion der SPD widersprach dagegen

dem Eindruck, dass Lastwagen einseitig die Kommunen und ihre Bürger belasten würden. „Diese Fahrten sichern, insbesondere aktuell, die Versorgung der Bevölkerung. Um direkt zum Endverbraucher zu gelangen, ist es eben unerlässlich, dass Lkw auch Kreis- und Gemeindestraßen befahren“, betonte der Abgeordnete Stefan Klein und bedankte sich ausdrücklich bei den Fahrern für die Wahrnehmung ihrer anspruchsvollen Aufgabe gerade jetzt während der Corona-Krise.

Dass allerdings Ausweichfahrten aus Gründen der Kostenersparnis ein Problem seien, stehe außer Frage, fügte der SPD-Mann an. „Um den daraus entstehenden höheren Kosten und Aufwänden für die Kommunen gerecht zu werden, können (höhere) kommunale Anteile an den Mauteinnahmen des Bundes

eine Lösung darstellen“, schlug Klein vor. Auch an leichter umsetzbare Lkw-Durchfahrverbote an speziellen „Umgehungsstrecken“ sei zu denken.

Der frühere Verkehrsminister Jörg Bode (FDP) bezeichnete den NSGB-Vorstoß als „nicht zu Ende gedacht“. Denn die Mauteinnahmen flössen an den jeweiligen Baulastträger – also den für den Unterhalt der Straße zuständigen. Das könnten auch Kommunen sein, meinte der Fraktionsvize. „Wenn jetzt auch die Gemeinden, wo bisher Land oder Bund Baulastträger sind, die Einnahmen selber haben wollen, dann geht natürlich auch die Straßenunterhaltungspflicht auf die Kommune über“, schlussfolgerte Bode. „Ich glaube nicht, dass dies eine Entlastung bringen würde. Im Gegenteil.“

Regieren aus dem Wohnzimmer

Die Corona-Pandemie verändert auch die Arbeit der Landesregierung – Politiker sehen in digitalen Alternativen eine Chance

VON CHRISTOPHER WECKWERTH

Hannover. Wie bei unzähligen Arbeitnehmern hat das Coronavirus auch die Geschäfte der niedersächsischen Landesregierung zu Teilen in die heimischen vier Wände gezwungen. Ganz ohne den Kontakt zum Wähler wollen die Politiker auf Dauer zwar nicht auskommen – doch das Zwischenfazit im Kabinett fällt positiv aus. Die digitale Arbeit mit Videokonferenz und Co. bewährt sich, wie aus einer Umfrage hervorgeht.

„Manchmal frage ich mich, warum wir die Möglichkeiten nicht schon vorher intensiver genutzt haben“, sagt zum Beispiel Umweltminister Olaf Lies. Der SPD-Politiker war wegen eines Kontakts zu einem Corona-Infizierten bis Dienstag in Sande (Kreis Friesland) vorsichtshalber in häuslicher Quarantäne und musste umdisponieren. Ein unfreiwilliger Wechsel ins Homeoffice – „aber es klappt perfekt“, sagt Lies.

„Meetings und Gesprächstermine sind leicht zu ersetzen“, findet auch Wissenschaftsminister Björn Thümler (CDU), der zwischen dem Homeoffice in Berne (Kreis Wesermarsch) und dem Ministerium in Hannover pendelt. Die räumliche Distanz sieht er aber auch als Einschränkung. „Es sind oft gerade die am Rande von Terminen eher zufällig zustande kommenden Gespräche, die mir zeigen, wo es Möglichkeiten oder auch die Notwendigkeit gibt, Dinge zum Besseren zu verändern“, sagt er. „Da bin ich jetzt auf Hinweise zum Beispiel per Mail angewiesen.“

Dieses Für und Wider sehen die meisten Ministerinnen und Minister. So antwortet Innenminister Boris Pistorius (SPD) auf die Frage, ob seine Arbeit durch das Abstandhalten eingeschränkt sei: „Eingeschränkt ja, aber das Entscheidende läuft.“ Und Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD), der jetzt mehr auf Telefon- und Videokonferenzen setzt, sagt: „Das muss sich etwas einspielen und ist nicht ganz das Gleiche. Ich finde, es sind aber geeignete Alternativen, um mindestens für einen gewissen Zeitraum auf klassische Besprechungen zu verzichten.“

Carola Reimann sieht sich als Gesundheitsministerin auch in einer Vorbildrolle und ruft zu einem besonnenen Umgang mit der Corona-

krise auf. Obwohl sie aktuell im Mittelpunkt steht wie selten zuvor, hat auch die SPD-Frau viel auf Telefon und Video umgestellt. „Denn ich sollte mich genau so verhalten, wie wir es von den Menschen im Land in der aktuellen Lage erwarten beziehungsweise einfordern“, sagt sie.

Agrarministerin Barbara Otte-Kinast (CDU), wie Lies vorsorglich in häuslicher Quarantäne, hat diese Woche sogar die Landtagsitzung am Mittwoch verpasst und arbeitet im Wohnzimmer in Beber (Kreis Hameln-Pyrmont). Mit zwei Handys und einem Laptop hält sie Kontakt nach draußen. „Ich bin ein sehr kommunikativer Mensch, deshalb finde ich das Homeoffice in Ordnung“, sagt sie.

„Aber ich freue mich auch schon wieder auf echte Begegnungen mit echten Menschen.“

Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) erinnert daran, dass viele Branchen die Arbeit zu Hause gerade verstärkt nutzen. „So wie viele Menschen in ganz Deutschland arbeite ich, soweit dies möglich ist, derzeit im Homeoffice“, sagt er. Als Politiker treffe er normalerweise jeden Tag viele Menschen. „Insofern muss man ganz klar sagen, dass meine Arbeit in Zeiten von Corona anders aussieht.“ Im Vordergrund stehe jetzt aber, das Virus einzudämmen.

Hilfreich ist es, wenn die Arbeitsmaterialien dann auch schon elektronisch zur Verfügung stehen – wie im Europaministerium, das die Einführung der sogenannten eAkte vorantreibt. „Das erleichtert die Fortführung der Arbeit doch erheblich, weil Vermerke und andere Vorgänge mich nun auf elektronischem Wege erreichen und nicht mehr in Papierform bearbeitet werden müssen“, erzählt Ministerin Birgit Honé (SPD). Auch bei ihr fallen viele Treffen derzeit aus.

Justizministerin Barbara Havliza (CDU) ist die Arbeit an ihrem Wohnort in Wallenhorst (Kreis Osnabrück) oder von unterwegs schon gewöhnt – das habe sie auch früher schon oft gemacht, sagt sie. „Aber wenn ich ehrlich bin: Für eine Ministerin ist die Arbeit im Homeoffice auf Dauer nicht das Richtige. Mein Amt lebt davon, unterwegs zu sein und Menschen zu treffen, ihnen in die Augen zu sehen und mit ihnen zu diskutieren. Videokonferenzen können das nicht komplett ersetzen.“



Arbeiten von zu Hause aus: Auch Niedersachsens Wissenschaftsminister Björn Thümler und Agrarministerin Barbara Otte-Kinast sind ins Homeoffice gewechselt. FOTOS: DPA